

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Erscheint wöchentl. 6 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamzeile 45 Pfg. Für telegr. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturufen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold.

Nummer 71

Altensteig, Samstag den 24. März 1928

51. Jahrgang

Zur Lage.

Seitdem Deutschland dem Völkerbund beigetreten ist und nachdem Spanien und auch Brasilien sich zu einer Rückkehr nach Genf bereit erklärt haben, sind es nur noch drei größere maßgebende Staaten, die dem Völkerbund nicht angehören: Amerika, Rußland und die Türkei. Mit der Teilnahme dieser drei Staaten an den gegenwärtigen Abstützungsverhandlungen in Genf wird erneut der Versuch unternommen, sie für den Völkerbund zu gewinnen. Die Stellung dieser Mächte zum Völkerbund ist voneinander grundverschieden. Die Vereinigten Staaten, die seinerzeit durch Wilson die Völkerbundsidee in die Welt gesetzt haben, verzichteten auf ihre Mitgliedschaft aus Unzufriedenheit mit dem Versailler Frieden und wegen des unverföhnlichen Geistes des nachkrieglichen Europas. Dennoch ist der Einfluß der Vereinigten Staaten in Genf nicht unbedeutend. Rußland hat die diplomatischen Beziehungen zu verschiedenen Völkerbundstaaten noch nicht ausgenommen. Es lehnt den Völkerbund in seiner heutigen Gestalt ab. Litwinow hat erst am Donnerstag in Genf erklärt, daß er, wie eine französische rechtsstehende Zeitung schreibt, den Völkerbund als eine pazifistische und hilflose Akademie ansehe. Die Machthaber in Rußland glauben nicht an den Friedenswillen mancher Völkerbundmitglieder und halten ihn daher für unfähig, die Friedensziele nachdrücklich zu verfolgen. Die Türkei, die diktatorisch durch Kemal Pascha regiert wird, möchte den Konkurrenzkampf zwischen Rußland und England ausnützen, würde dem Bunde gerne beitreten, wenn ein hoher Preis von den beiden Rivalen bezahlt würde.

Die Abrüstungsdebatte in Genf ging in dieser Woche um die russischen Vorschläge. Sie fanden nur die Unterstützung von Deutschland und der Türkei, während alle übrigen Mitglieder zum Teil in scharfer Kritik die russischen Pläne ablehnten. Manche Ideen der Russen fanden auch Zustimmung, aber der Hauptgrundlag der Sowjetvertretung, daß die allgemeine und sofortige Abrüstung die einzige wirkliche Friedensgarantie ist, die den Notwendigkeiten der Gegenwart entspricht, fand im letzten Grunde Ablehnung. Nun wird der Versuch gemacht, die russischen Vorschläge zu verzögern, während der deutsche Delegationsführer, Graf Bernstorff, vor allem darauf dringt, die zweite Lesung der russischen Vorschläge und die Festsetzung des Zeitpunktes des Zusammentritts der Abrüstungskonferenz alsbald vorzunehmen.

Der deutsch-russische Konflikt wegen der Verhaftung deutscher Ingenieure im Donezgebiet — es sind drei Deutsche noch in Haft — ist trotz aller diplomatischen Bemühungen noch nicht beigelegt. Wenn zwei sich zanken, freut sich der Dritte. Dieser Eindruck entsteht, wenn man die Begleitworte der Pariser und Londoner Blätter zu den Vorfällen liest, denn man hofft dort, daß nun das Rußlandgeschick über Deutschland hinweg vom europäischen Westen gemacht werde. Die russische Presse selbst schreibt über die Haltung Deutschlands von „unangebrachter Gereiztheit und unbegründeten Ausfällen“. Der Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen hat indessen Moskau zum Bewußtsein gebracht, daß man in Berlin volle Klarheit schaffen will. Im Mittelpunkt des russischen Interesses stand bei den Wirtschaftsverhandlungen ein Anleiheplan von etwa 200 Millionen Mark, die Deutschland gewähren sollte. Aber wenn die deutschen Lieferfirmen nicht mehr die Möglichkeit haben, die von ihnen gelieferten Anlagen und Maschinen an Ort und Stelle in Gang zu setzen, so werden heidische Konkurrenten bald die Nachbestellungen hintertreiben. Der vor zwei Jahren gewährte Kassenkredit in Höhe von 300 Millionen Mark sollte die Voraussetzung für dauernde deutsche Lieferungen nach Rußland schaffen. Aber nur die großen Werke der Elektrizitätsindustrie hatten davon Nutzen, während kleinere und kleinere deutsche Firmen infolge gedrückter Preise empfindliche Verluste erlitten. In der deutschen Wirtschaft selbst ist deshalb wenig Neigung vorhanden, neue Geschäfte abzuschließen. Es wird besonders gefordert, daß die deutschen Unternehmer sich nicht über die allmächtige russische Handelsdelegation in Berlin das Geschäft holen dürfen, vielmehr mit den Leitern der großen russischen Trusts und Genossenschaften verhandeln können. Außerdem müssen die deutschen Fachleute in Rußland vor den Stacheln der bolschewistischen Kommissare geschützt werden.

Auch mit Polen, mit dem seit Jahren über einen Wirtschaftsvertrag verhandelt wird, sind neue Schwierigkeiten entstanden. Von Warschau aus wurde eine Grenzschutzverordnung erlassen, die das Niederlassungsrecht in den Grenz-

gebieten erschwert. Obwohl Stresemann bei seiner Unterredung mit dem polnischen Außenminister Jaseki in Genf keinen Zweifel ließ, daß die Regelung des Niederlassungsrechts die Voraussetzung für den Abschluß eines Handelsvertrages sei, hat die polnische Regierung durch die Grenzschutzverordnung die deutschen Wünsche nicht berücksichtigt. Der schon drei Jahre währende Zollkrieg mit Polen erfährt dadurch eine neue Verschärfung, bedingt doch die von Polen vor kurzem eingeführte Zollvorkontierung bei der Einfuhr deutscher Waren eine Erhöhung der Zölle um nicht weniger als 72 Prozent. Die deutsche Einfuhr nach Polen beträgt aber immer noch mehr als ein Viertel der Gesamteinfuhr Polens, die Ausfuhr Polens nach Deutschland 32 Prozent der Gesamtausfuhr. Daraus ergibt sich, daß die beiden Länder wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind, und daß es gelingen muß, zu einer Einigung zu kommen.

In der Reichspolitik herrscht etwas Ruhe wie vor Wahlrürmen. Die Erledigung des Reichshaushalts durch den Reichstag ist in der Berichtswoche weiter fortgeschritten. Die Finanzlage des Reichs wurde vom Reichsfinanzminister Dr. Brücher im Haushaltsauschuß eingehend dargelegt. Mit einem Ueberschuß von gegen 200 Millionen Mark schließt der Haushalt für 1927 ab, trotzdem bleibt für 1928 die Finanzlage des Reichs sehr angespannt. Auf die Kriegslastenrechnung fallen allein 4,2 Milliarden. Der Reichsfinanzminister legte dem deutschen Volk nahe, bei dem schweren steuerlichen und sozialen Lasten immer an diese Zahlen zu denken. Für die deutsche Wirtschaft würde es auf die Dauer unmöglich sein, solche Summen aufzubringen.

Die Not der Bauern hat in Schlesien zu Zusammenstößen geführt, als landwirtschaftliche Betriebe versteigert werden sollten. Das Rotprogramm der Reichsregierung, das der Landwirtschaft Erleichterung und Hilfe bringen soll, ist vom Reichstag noch nicht vollständig verabschiedet. Doch wurde bereits ein Hauptstück, die Herabsetzung der Gesteuer-Einfuhr auf 50 000 Tonnen, angenommen. Die Kredite, die durch die Rentenbank-Kreditanstalt der Landwirtschaft zugeleitet werden sollen, kommen erst in den nächsten Wochen zum Fließen. Auch das Kriegsschadensschußgesetz hat den Reichstag passiert. Die sozialen Hilfsmassnahmen werden demnächst erledigt. Die Parteien des Reichstags sind gewillt, die notwendige Arbeit in der kommenden Woche vollends zu erledigen, damit am 20. Mai die Reichstagswahlen stattfinden können. Am 31. März schließt der gegenwärtige Reichstag und macht dem neu zu wählenden Parlament Platz.

Die Tatsache, daß der Landesausschuß des badißchen Zentrums sich entschlossen hat, den Einspänner in der Partei, den früheren Reichstagsler Dr. Wirth, nicht mehr aufzustellen, hängt damit zusammen, daß Dr. Wirth die Parteizugehörigkeit nicht wahrte. Ob noch ernste Versuche gemacht werden, Dr. Wirth auf der Reichsliste oder in einem Berliner Wahlkreis unterzubringen, steht noch nicht fest. Bei den Deutschnationalen hat der bisherige Abgeordnete Großadmiral v. Tirpitz erklärt, sich nicht wieder aufstellen zu lassen mit Rücksicht auf sein Alter. Die Parteiverhandlungen zur Verhinderung einer Zersplitterung bei den Wahlen scheinen noch nicht zu einem Ergebnis gekommen zu sein. Die völlige Ausschaltung neuer Strömungen aus den Parlamenten entspricht auch nicht der Volkstimmung. Immerhin wäre es zu begrüßen, wenn durch die Gesetzgebung gewisse Hindernisse gegen die Splitterparteien geschaffen würden. Denn bei der Deutschen Einigkeit, der Rechtschaffenheit und Eigenbrütigkeit muß dafür gesorgt werden, daß ein parlamentarisches Arbeiten überhaupt möglich ist.

Unregelmäßigkeiten bei der Reichsbahn

Eine Berliner Korrespondenz berichtet: Das Eisenbahnenzentralamt in Berlin hat für die gesamte Deutsche Reichsbahn das notwendige Material zu beschaffen. Vor einigen Wochen tauchte ein Gerücht auf, daß bei der Vergabung von Eisen für Waggonsbauten eine Kölner Firma in unzulässiger Weise bevorzugt worden sei. Als diese Gerüchte sich immer mehr verdichteten, unterbreitete Generaldirektor Dr. Dormmüller der Staatsanwaltschaft das gesamte Material, soweit es der Reichsbahn bekanntgeworden war. Der beschuldigte Oberbaurat Schulze hatte eine Erfindung gemacht, die eine wesentliche Verbesserung der sogenannten Kugellagerschalen brachte. Als Beamter hätte er diese Erfindung seiner Behörde zur Verfügung stellen müssen. Das tat Oberbaurat Schulze jedoch nicht, sondern er schloß im November 1924 mit einer Kölner Firma einen Vertrag, in dem ihm für alle Ankäufe der Schulzischen Kugellagerschalen durch das Eisenbahnenzentralamt eine Provision von 5 Prozent zugesichert wurde. Schulze verstand es, auf die Bestellungsabteilung insoweit Einfluß zu nehmen, daß von dort aus tatsächlich die Kölner Firma in sehr starker Weise

herangezogen wurde. Wie groß die Bestellungen des Eisenbahnenzentralamtes bei dem Kölner Unternehmen gewesen sind, geht aus der Tatsache hervor, daß im Laufe der Jahre der Oberbaurat Schulze weit über 100 000 Mark Lizenzgebühren erhalten hat. Er soll jedoch, wie verlautet, die ihm zustehenden Lizenzgebühren nur zum Teil erhalten haben. Auf dem Wege von Köln nach Berlin ist ein Teil der für ihn bestimmten Summen hängen geblieben und von einem Angestellten unterschlagen worden.

Es steht bisher nur soviel fest, daß der beschuldigte Beamte, der Reichsbahnenoberbaurat Erich Schulze vom Eisenbahnenzentralamt bei Vergabung von Aufträgen eine laufende Provision bezogen hat, und zwar von der Kölner Firma Hans Keiserer u. Co. Es wurde in Köln bei der Firma Keiserer der gesamte Schriftwechsel mit dem Eisenbahnenzentralamt, sowie die Kassenbücher beschlagnahmt und nach Berlin gebracht. Außerdem wurden einige Direktoren und Angestellte der Firma vernommen. Das beschlagnahmte Material wird zurzeit noch geprüft und im übrigen über den Gang der Untersuchung Stillschweigen bewahrt. Der beschuldigte Oberbaurat Schulze ist ebenfalls von der Staatsanwaltschaft vernommen worden. Er bestreitet dabei, Bestechungsgelder genommen zu haben und gibt an, vor einigen Jahren eine wesentliche Verbesserung der Kugellagerschalen für Eisenbahnen und Lokomotiven erfunden zu haben. Das Patent will er an die Firma Keiserer u. Co. abgegeben und von ihr lediglich eine laufende Provision für alle Aufträge in Kugellagerschalen erhalten haben.

Erklärungen der Reichsbahn

Von zuständiger Stelle wird erklärt: Die Hauptverwaltung der Reichsbahn hat im Herbst 1927 eine Kommission zur Neuorganisation des Zentralamtes eingesetzt. Diese Kommission hatte die Aufgabe, das Zentralamt, das eine Organisation von 900 bis 1000 Personen darstellt, nicht nur neu zu organisieren, sondern überamtlich auch den Gerichten nachzugehen, die immer wieder über angelegte Bestechungen bei der Reichsbahn informierten. Auf Anregung dieser Kommission ist nunmehr auch gegen einen Beamten in Köln, der der Bestechung für verdächtig gehalten wird, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden.

Keine Verhaftung des Oberbaurats Schulze

Berlin, 23. März. In dem Verfahren zur Ermittlung von Bestechungen bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat sich der gegen den Reichsbahnenoberbaurat Schulze geäußerte Verdacht zwar bisher bestätigt, ein Grund, ihn in Haft zu nehmen, lag jedoch nicht vor, da die Beweismittel sichergestellt sind und ein Fluchtverdacht nicht begründet erscheint. Durch das Verhalten des Schulze ist die Deutsche Reichsbahngesellschaft, wenn überhaupt, nur geringfügig geschädigt. Alle weiteren Ermittlungen werden von der Staatsanwaltschaft 1 im engsten Einvernehmen mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft geführt.

Neues vom Tage

Kleinstenrat des Reichstags — Der Arbeitsplan der letzten Woche

Berlin, 23. März. In der heutigen Sitzung des Kleinstenrates des Reichstags einigten sich sämtliche Parteien darüber, daß am 31. März die letzte Sitzung des gegenwärtigen Reichstages abgehalten werden soll. Der Arbeitsplan für die nächste Woche ist folgendermaßen festgelegt worden: Montag Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Innenministeriums und Nachtragsetat für 1927, Dienstag Marinetat und Pöbhusangelegenheit, Ergänzungsetat für 1928, Mittwoch Haushalt der Reichsfinanzverwaltung und Etatsgesetz, Donnerstag zweite und dritte Lesung des Gesetzes über die Kredit-Rentenbank, kleinere Vorlagen, Schlußabstimmung über das Ueberleitungs-gesetz, Freitag und Samstag dritte Lesung des Etats; außerdem werden noch einige kleinere Vorlagen an den einzelnen Tagen eingeschoben werden.

Vereinigung Waldeck mit Preußen

Berlin, 23. März. Der Amtliche Preuß. Pressedienst teilt mit: Der Staatsvertrag über die Vereinigung Waldeck mit Preußen ist im preußischen Staatsministerium am 23. März unterzeichnet worden. Die Vorlage an die beiderseitigen Landtage wird unverzüglich erfolgen.

Die Ablehnung des russischen Abrüstungsvorschlags

Genf, 23. März. Im Abrüstungsausschuß wurde am Freitag, nachdem sich der italienische und griechische Delegierte besonders scharf gegen die russischen Pläne ausgesprochen hatten und nachdem der Russe Lunatscharski erwidert hatte, ein Entschließungsentwurf angenommen. In diesem wird festgestellt, daß das russische Projekt über eine sofortige allgemeine und vollständige Abrüstung nicht durchführbar ist und vom Auschuß nicht als Grundlage einer Arbeit angenommen werden könne. Graf Bernstorff begründete den deutschen Vorschlag auf allgemeine Offenlegung des Rüstungsstandes.



Deutscher Reichstag

Berlin, 23. März.

Nachdem am Donnerstag abend der Haushalt des Reichsministeriums des Innern in zweiter Lesung zur Beratung kam, eröffnete Abg. Söllmann (Soz.) die Rednerliste. Er nannte die innerpolitische Regiererei des Ministers Reubell eine Kette von Misserfolgen. Lediglich die Denkschrift über die Lösung des Reichstags sei vorgelegt worden, aber es sei immer noch müßig genug. Der Redner trat dann für den Einheitsstaat ein, der die Kräfte der Monarchie zu beilegen habe. Abg. Berndt (Dn.) erwiderte und dankte dem Minister für die Vorlegung des Reichstagsgesetzes. Der Redner lehnte alle Anträge in Richtung des Einheitsstaates ab und übte scharfe Kritik an der Linkspolitik in Preußen. Der preussische Innenminister betrachtete den Staat als den ersten Diener der Sozialdemokratie.

Am Freitag eröfnete Präsident Loeb die Sitzung des Abends des Abg. Rheinländer-Münster (Ztr.). Der Abg. Schreiber (Ztr.) führte darauf die Aussprache zum Innenministerium weiter, betonte die Wichtigkeit der Kulturfragen, das Problem der Auseinandersetzung von Reich und Ländern und nannte die Weimarer Verfassung ein schmerzliches Erlebnis aus schwerer Zeit.

Abg. v. Kordoff (Dp.) hält eine Wahlreform nicht für dringlich. Die Gründung berufständischer Parteien ist die größte Dumme. Der von seinen Schwarz-Weiß-Rot-Förderern nicht die Wahrung vor Schwarz-Rot-Gold, für die er immer eintritt sei. Der Redner warnt in der Frage der Einheitsbestrebungen davor, das Ziel zu weit zu fassen.

Abg. Roth-Weber (Dem.) berührt die Ausführanträge, die eine einheitliche Städteordnung, Gemeindeordnung und Verwaltungsmethodenbarkeit und die Einführung der Reichsanwaltschaft anstelle der verschiedenen Staatsangehörigkeiten fordern. Der nächste Reichstag werde ein Programm für die Einrichtungs des Einheitsstaates aufstellen haben.

Reichsinnenminister Dr. v. Reubell

Die Reichsregierung lehnt jede Lösung ab, die eine Verewaltung einzelner Teile unseres Vaterlandes bedeutet. Auch gesetzliche Lösungen könne Verewaltungen gleichkommen. Darüber, daß die Eigenstaatlichkeit der größten Länder, wo sie lebendig ist, unbedingt aufrecht erhalten werden muß, besteht innerhalb der Reichsregierung kein Zweifel. Die Reichsregierung müßte bei der Erörterung dieser Fragen eine gewisse Zurückhaltung beobachten. Durch Indiskretionen steht ja alles, was im Reichstagsdiplom beschlossen wird, am nächsten Tag ohnehin in der Zeitung. Die parteipolitisch unerblickliche Ministerpräsidentenkonferenz hat sich einmütig zur Notwendigkeit der Revision der Weimarer Verfassung bekannt, aber nicht zum Einheitsstaat. Bischof hat noch kein Redenklücken nachweisen können, daß der Einheitsstaat Bürger arbeiten würde als der heutige. — Der Minister wendet sich auch gegen den demokratischen Antrag, die staatlichen Gesundheitsämter aufzuheben. Er behauptet ebenfalls, daß die großen Fragen des Beamtenrechts nicht intensiver gefördert werden sind. Der Minister bezieht nicht die Angriffe wegen der Annahme afghanischer Auszeichnungen. Ich bin persönlich der Auffassung, so erklärt er, daß die Erörterungen der Presse über dieses Gebiet dem Ansehen unseres deutschen Staates im Ausland nicht förderlich gewesen sind. Der jetz. Reichsinnenminister Söllmann ist es gewesen, der jenseitig dem früheren Reichspräsidenten empfohlen hat, die „Sonne“ von Peru als Erinnerungszeichen anzunehmen. (Lachendes Geklapper.) Der Reichspräsident hat sich bei der Annahme des afghanischen Ordens von durchaus staatsmännlichen Erwägungen leiten lassen. Das Berliner Tageblatt hat den Schluß gezogen, ich hätte die Absicht, noch kurz vor Totschlag einen deutschnationalen Beamtenklub vorzunehmen. Eine berufliche Weibehode verflucht sich am Geist des Berufsbeamten. Da wird behauptet, ich hätte einem verdienten Ministerpräsidenten nahegelegt, sich pensionieren zu lassen. Tatsächlich habe ich ihn veranlassen wollen, sein Pensionat nach hinanzuschicken. Es ist auch kein Wort davon wahr, daß ich mit einem deutschnationalen Landtagsabgeordneten wegen der Übernahme eines Ministerialdirektorpostens verhandelt habe. Für mich ist die Parteistellung nebensächlich. (Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Doch Ihnen das komisch erscheint, ist mir verständlich. Ich sehe es als verfassungswidrig an, wenn etwa einzelne Minister nach der Parteizugehörigkeit ihrer Beamten forschen. Das Scheitern des Schulgesetzes sei von der Vertretung der evangelischen Kirche tief bedauert worden. Die weitere Arbeit für dieses Gesetz sei ohne Rücksichtnahme auf Konfessionskonfessionen fortzuführen. Zum Schluß erklärte der Minister, nicht formale Demokratie und Heberpannung des Staatsbegriffes werde uns vorwärts drängen. Wer auch immer verantwortlich für die deutschen Geschicke sei, den könne man nur wünschen, daß es ihm gelänge, die wirklich lebendigen Kräfte unserer Volkstums zu erkennen und zu gestalten im Interesse unseres Vaterlandes.

Württembergischer Landtag

Wiederversammlung des Landtags

Stuttgart, 23. März. Der Landtag nahm am Donnerstag seine Plenarsitzungen wieder auf und hörte zunächst die Antworten der Regierung auf neun Kleine Anfragen, um dann die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur Wenderung des Körperverletzungs- und Verleumdungsgesetzes für die Körperschaftsbeamten vorzunehmen. Abg. Dr. Schall (Dem.) erstattete Bericht über die Verhandlungen des Verwaltungsausschusses. Abg. Leber (Dn.) wurde ein Antrag Kath (Dp.), wonach die von auswärts kommenden Beamten die Berechtigung haben sollten, daß ihre auswärts wohnenden Dienstleistungen auf ihre Pension angerechnet wird. Im weiteren Verlauf der Beratung beantragte Dr. Schall einen Antrag, wonach, wenn Dienstunfähigkeit zu befrachten ist, die Pensionen für die ersten drei Jahre einhalten kann. Minister Bols erklärte dazu, daß er dieser Frage nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehe, aber ihre Regelung durch das kommende Beamtenrecht wünsch. Der Antrag Schall sprach sich noch die Abg. Kath (Dp.), Söllmann (Soz.) und Stübler (Komm.) aus, während die Abg. Kühle (Ztr.) und Dr. Pöhlner (Dp.) den Antrag stellten, das Staatsministerium möge im Zusammenhang mit der Beratung des Beamtenrechtes grundsätzlich die Frage prüfen, ob zur Abwendung oder Behebung von bestimmten Krankheitsfällen für Beamte durchzuführen werden sollen. Dieser Antrag wurde angenommen und der Antrag Schall abgelehnt. Man erließ dann auch noch das Gesetz in dritter Lesung und nahm es in der Schlussabstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten an. Zweckmäßig wurde auch einer Entschleunigung des Ausschusses, das Staatsministerium möge die Frage der Einführung

zuna der Mittel für die Pensionskasse einer einmütigen Zustimmung insbesondere nach der Richtung unterziehen, ob nicht für neuereitrende Mitglieder die Beiträge in ähnlicher Weise wie die Prämien einer Pensions-Versicherungseinrichtung zu bemessen sind, und mit tunlichster Beschleunigung eine hierauf bezügliche Vorlage an den Landtag zu machen.

Der Landtag lebte am Freitag Strafsenolungsanträge gegen die Abg. Ulrich (Soz.), Schuck (Komm.), Kugagaber (Soz.) und Karl Müller (Ztr.) ab und nahm dann die zweite Beratung des Gesetzes über die staatlichen Polizeibeamten vor. Abg. Kühle (Ztr.) erstattete den Ausschussbericht. Der Abg. Becker (Komm.) erklärte, daß das Polizeibeamtengesetz im Einklang mit den Entente-Kapitalisten zustande gekommen sei und die Militarisierung der Polizei bedeute, um sie im Innern des Landes gegen die rebellierenden Arbeiter und Bauern zur Verfügung zu haben. Seine Partei werde gegen dieses Gesetz aufs schärfste anlämpfen. Abg. Hermann (Soz.) erklärte dagegen, daß gerade dieses Gesetz von der Militarisierung wegführe, und wünschte, daß in dem Maße, in dem eine Verbannung der Verbältnisse eintrete, die Polizei auch wieder den Gemeinden übergeben werden könne. Den Ausschussanträgen wurde nachgekommen. Eine lebhaftere Debatte gab es noch über die Bestimmung, daß der Polizeibeamter, wenn er eine Dienstzeit von zwei Jahren zurückgelegt hat, vor der Kündigung zu hören ist. Minister Bols erklärte, daß es sich hier um junge Leute von 18-22 Jahren handle, denen, da sie zur Probe eingekleidet seien, nicht die Rechte eines Staatsbeamten zukommen könnten. Auch hier wurde der Ausschussantrag angenommen. Das Haus erließ die zweite und dritte Beratung des Gesetzes und nahm dieses in der Schlussabstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten an. Der Gesetzesentwurf über Änderung der Gerichts- kostenordnung (Erhöhung der Schreibgebühr von 20 auf 30 Pfg.) wurde in allen drei Lesungen angenommen.

Aus Stadt und Land.

Utensteig, den 24. März 1928.

— Was wollen unsere Kinder werden? Die Frage laftet gewiß jetzt wieder zur Zeit der kommenden Schulentfaltung auf den Gemütern mancher Eltern, die sich über die Aussichten für das Fortkommen ihrer Kinder in den verschiedenen Berufen nicht im Klaren sind. Bei den gegenwärtigen Veränderungen in der Wirtschaft ist es ja auch kaum möglich, einen Ueberblick über die Anforderungen der einzelnen Berufe zu gewinnen. In Anbetracht dieser Lage sind in ganz Deutschland Berufsberatungstellen eingerichtet worden. Auch bei uns in Württemberg bestehen bereits 30 für männliche, 7 für weibliche, meist in Verbindung mit den Arbeitsämtern. — Die Arbeitslosigkeit und unsere schwierige wirtschaftliche Lage sollte alle Eltern lehren, nicht in erster Linie auf den augenblicklichen Verdienst zu sehen, sondern ihren Kindern eine möglichst gute Ausbildung zuteil werden zu lassen. Die Jugend selbst aber muß daraus lernen, daß es gilt, in dem gewählten Beruf recht tüchtig zu werden.

— Die Erhebung der Bauhandwerker rechtsgültig. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Beschwerde gegen die Rechtsgültigkeit der Bauhandwerkererhebung vom Württ. Verwaltungsgerichtshof dahin entschieden worden, daß die Steuer erhoben werden darf.

— Calw, 23. März. In der gestrigen Gemeinderatssitzung gab Stadtschultheiß Gähler einen Bericht über den Brandfall im Volkstheatergebäude. Der Brand, der voraussichtlich einen Schaden von 2-3000 Mark verursacht hat, ist dadurch entstanden, daß in einem Stod die Asche in einem Holzstücken aufbewahrt wurde. Da die Sache für die Beteiligten von selbst unangenehme Folgen hat, wird von weiteren Maßnahmen Abstand genommen. Es werden aber bei der Rückkehr hinfür Holzbehälter zurückgewiesen werden. Im Gebäude selbst werden zwei Feuerlöscher aufgestellt. — Die auf 1. April neu festzusetzenden Steuern, wie Hundesteuer und Feuerwehrgeld, sowie die Schulgelber werden bei den seitherigen Sätzen belassen. — Die Damenschneiderinnung hat einen Antrag um Zulassung der weiblichen Lehrlinge zum Besuch der Gewerbeschule gestellt. Der Gemeinderat gestattet den Schulbesuch in widerruflicher Weise. Ein Antrag, die weiblichen Lehrlinge in den gewerblichen und kaufmännischen Betrieben zum Besuche der Gewerbeschule zu verpflichten, wurde zurückgezogen, da die Raumfrage die Ausdehnung der Gewerbeschule selbst verbietet. Ein Antrag des Schulvorstandes der Gewerbeschule um Abhaltung von Fortbildungskursen in Fremdsprachen, in Stenographie und Maschinenschreiben wurde genehmigt. Außer dem eigentlichen Unterricht im Maschinenschreiben wird den Lehrlingen noch Gelegenheit gegeben, an einigen Abenden in der Schule zu üben. Die Aufsicht führen abwechselungsweise Mitglieder des Gewerbevorstandes. Durch diese Kurse entfallen der Stadt keine Ausgaben da sie sich von selbst tragen. — Da im Gaswerk die Abnahme von Koks ungenügend ist, wird der Preis vorübergehend ermäßigt. Brechfols kostet jetzt 1 A 60 J, Grobfols 1 A 50 J und Bohnenfols 1 A der Zentner. — Die Einnahmen aus den Standgeldern bei den Viehmärkten erweisen sich als unzulänglich. Der jährliche Abmangel beträgt 500 A. Die Standgelber müssen deshalb erhöht werden. Für jedes Stück Vieh und für jeden Korb Misthaufen werden nun 30 J erhoben. — Da der Turnverein eine Eisbahn hergestellt hat, ist die städtische Eisbahn, die viel zu wünschen übrig ließ, entbehrlich geworden. Sie wird nun aufgelöst und zu einem Acker hergestell. — Die Schulmannschaft war selber verpflichtet, eine Lebensversicherung einzugehen, wobei die Prämien von der Stadt bezahlt wurden. Da nun die Schulleute pensionsberechtigt sind, wird die Eingehung neuer Versicherungen auf städtische Kosten abgelehnt. — Da infolge der Einführung des 8. Schuljahres bei den Mädchen heuer die Zahl der Frauenarbeits-schülerinnen etwas zurückgeht, kann wieder ein Stickers eingeführt werden. Das Kursgeld wird auf 10 Mark monatlich festgelegt. — Die Stadtgemeinde läßt in der Vorstadt auf einem günstig gelegenen städtischen Platz eine kleine Baum-schule zum Eigenbedarf durch den städtischen Baumwart anlegen. Damit wird ein schon lange bestehender Wunsch der hiesigen Obstbaufrunde erfüllt. — Die Saatkrähen (Kruppen) treten in diesem Jahr in Schwärmen von 500 bis 1000 Stück auf. Man zählt auf der Marung gegenwärtig vier solcher Schwärme. Für die junge Ausfaat bringen diese Schwärme das Verderben. Wenn ein solcher Schwarm auf einen frisch gesäten Acker fällt, ist die Saat verloren. Durch Abjagen sollen nun die Vögel dezimiert und vertrieben werden.

Javelstein, 23. März. Am letzten Dienstag fand hier der jährlich nur einmal stattfindende Viehmarsch statt. Der Javelsteiner Markt war früher sehr bedeutend; von der ganzen näheren und weiteren Umgebung wurde derselbe besuchten und das Landvolk strömte noch in der Vorriegszeit zahlreich herbei, ebenso die Metzger und Händler. Infolge der Geldknappheit und des schlechten Erfolges war diesmal der Zubrang nicht so wie einst.

Neuenbürg-Eng, 24. März. In verschiedenen Bezirkeorten ist gegenwärtig die Grippe namentlich unter der Schuljugend stark verbreitet, so daß in manchen Orten die Schulen auf einige Zeit geschlossen werden mußten.

Wilsbad, 23. März. Am letzten Sonntag abend fand hier im Gasthof „Alte Lude“ die Vorstellung des Neuenbürgers „Ich fahr' in die Welt!“ vom Verband für Deutsche Jugendherbergen statt, die sehr gut besucht war. Auch der Gau Schwaben, Geschäftsstelle Tübingen, hatte einen Vertreter geschickt. Die in prachtvollen Naturbildern vorgeführten Erlebnisse einer frohen Wandergruppe belehrten die Zuschauer über Bedeutung und Zweck des Jugendherbergens: Die Jugendherbergen sind Lebensmittelpunkte der wandernden Jugend und Wegbereiter einer neuen Volksgemeinschaft; die Jungwandler wollen durch das Wandern und Beobachten unsere schöne Heimat neu erobern, sich gegenseitig verstehen und achten lernen. Aus Kenntnis der Heimat erwächst die Liebe zu ihr, zu Volk und Vaterland. — Anschließend an die Filmvorführung wurde eine Ortsgruppe für Deutsche Jugendherbergen gegründet, der sich eine stattliche Anzahl Mitglieder angeschlossen. Dank des freundlichen Entgegenkommens der Stadtverwaltung und des Gemeinderats soll unsere Jugendherberge weitere wesentliche Verbesserungen erhalten, was von den vielen hier übernachtenden Jungwandalern (im letzten Jahre über 1800) freudig begrüßt werden wird.

Horb, 23. März. (Schlußprüfung an der landw. Schule.) An der landwirtschaftlichen Schule Horb, der die Bezirke Horb, Freudenstadt und Sulz zugeteilt sind, fand gestern Mittwoch vormittag die Schlußprüfung statt, die der Vorstand, Dekonomierat Wolf, nachdem er die zahlreich erschienenen Gäste begrüßt hatte, durch einen eingehenden Schulbericht einleitete. Die Schulzeit umfaßte die Zeit vom 7. November vorigen Jahres bis 21. März mit 136 Tagen, nach Abrechnung der Sonntag: mit 106 Schultagen. Die untere Klasse zählte 30, die obere 15 Schüler, fast durchgängig (43) landwirtschaftlichen Familien entstammend, im Alter von 16 bis 25 Jahren. Auch diesmal stellte der Bezirk Freudenstadt mit 18 Schülern das stärkste Kontingent. Er sprach den Dank für ihre Unterstützung aus, wodurch es der landw. Schule ermöglicht worden sei, jedem Schüler des oberen Kurses ein wertvolles Buch, „Der neuzeitliche Futterbau“ von Dr. F. Weß, Oberlandwirtschaftsrat, zu überreichen. Die sich anschließende Prüfung zeigte, daß in sämtlichen Unterrichtsfächern tüchtig gearbeitet worden war. In einem Nebenprotokoll waren die während des Winters in Geschäftsaussch, Buchführung und Zeichen geleisteten Arbeiten des Schülers ausgeführt, die von den Vätern ebenfalls günstig beurteilt wurden. Nach Schluß der Prüfung überreichte Oberamtmann Kuschart im Namen der W. Zentralstelle zwei Schülern: Friedrich Burkhardt-Wittendorf und Johannes Walz-Oberlingen als Prämie je ein Bild nebst Verleihungs-urkunde, worauf Dekonomierat Wolf namens der landwirtschaftlichen Schule noch an zwei weitere Schüler: Georg Burkhardt-Bombach und R. Kembrucher-Reinerzau, Preise verlieh.

Entringen, 23. März. Der Plan, das Hofgut Hohenentringen aufzugeben, scheint von der Gutsverwaltung aufgegeben zu sein. Mit Genugtuung nimmt man davon Kenntnis. Der langgehegte Wunsch, Hohenentringen an eine Wasserleitung anzuschließen, wird dank des Entgegenkommens der Freiherrl. von W'schen Verwaltung erfüllt werden. Mit der Gemeinde schließt das Hofgut an die neue Schönbuchwasserleitung an. Damit verschwindet ein seltenes Stück köstlicher Waldidylle. Seither lief dort hinten im stillen Waldwinkel ein Pferd am Göpel, um Wasser in das Schloß zu pumpen. Der Aufstieg zum Schloß von Entringen her ist erfreulicherweise in den letzten Tagen wesentlich verändert und verbessert worden. Der Wanderer wird gerne von dieser Wegverbesserung hören. Stuttgart, 23. März. Der Polizeibericht meldet über ein Familiendrama in der Holzstraße: Der 54 Jahre alte Zementeur August Deeg ist Freitag früh 7.45 Uhr, unter Anwendung von Gewalt in die in der Holzstraße gelegene Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Frau eingedrungen und hat sowohl diese, als auch seine anwesende 19 Jahre alte Stieftochter durch Messerstiche schwer verletzt. Die Frau ist kurz nach ihrer Einlieferung in das Katharinenhospital an den Folgen der erlittenen Verwundungen gestorben. Bei der Tochter besteht Lebensgefahr. Der Täter ist festgenommen. Der Grund zur Tat dürfte in ehelichen Streitigkeiten zu suchen sein. Hierzu wird noch weiter berichtet, daß Deeg zu Anfang dieses Jahres in Rottenburg eine Strafe zu verbüßen hatte. Die Frau ließ ihn deshalb nicht mehr die Wohnung in der Holzstraße betreten, wo sie übrigens noch nicht lange wohnt. Deeg soll schon mehrmals versucht haben, in die Wohnung zu gelangen und die Frau hatte aus Angst vor ihm um polizeilichen Schutz gebeten. Als Deeg Freitag früh wieder nicht eintreten durfte, schlug er die Tür ein und es kam dann gleich nach seinem Eintritt zu der blutigen Tat.

Steinbach W. Gglingen, 23. März. (Tödtlicher Unfall.) Abends verunglückte der in den 30er Jahren stehende verheiratete Möbelfabrikant Heinrich Goez von hier in Pfauhausen bei einer Strohkrenzung durch Zusammenstoß seines Motorrades mit einem Fuhrwerk. Dabei wurde ihm die Leber zerrissen, so daß er nach wenigen Stunden starb.

Gaildorf, 23. März. (Nichtbefähigung der Stadtschultheißenwahl.) Die Beschwerde des am 3. Dezember zum Stadtschultheißen von Gaildorf gewählten Obersekretärs Birk-Stuttgarter gegen die von der Ministerial-Abteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung ausgesprochene Nichtbefähigung vom Ministerium des Innern ist abschlägig beschieden und die Nichtbefähigung damit endgültig ausgesprochen worden.



Aus dem Gerichtssaal.

Tübinger Strafkammer. Den Landwirt Michael Ehnis von Langenbrand, Oberamt Neuenbürg, hat das Amtsgericht Calw wegen fahrlässiger Körperverletzung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt unter der Beschuldigung, die Verletzung des Lehrers Gottlob Ulber in Jaberfeld durch fahrlässiges Verhüten verursacht zu haben. In der Nacht zum 26. September fuhr Ehnis mit einem Langholzfahrwert, das unglücklicherweise keine Laterne hatte, zwischen Benzeln und Unterreichenbach durch eine dort liegende Wegkurve, als ihm zwei Motorradfahrer begegneten, die er nicht kommen sah. Die Motorradfahrer hatten ein für die dortige Kurve zu großes Fahrtempo. Auch diese haben nicht, daß da ein Langholzfahrwert vor ihnen kam, und Ulber fuhr in der Dunkelheit in das Fahrwerk hinein, stürzte vom Rad mit der Folge einer empfindlichen Verrentung des linken Beins, Bluterguß ins Knie, was das Bein lange Zeit gebrauchsunfähig machte. Heute noch wird ärztlicherseits der Befund als sogen. „Gelenkmaus“ bezeichnet, die die Gebrauchsfähigkeit und Gehfähigkeit weiter erschwert. Die Kraftfahrer riefen den Fuhrmann an, der erst nach dreimaligem Anruf und unter Drohung mit Schießen einen Namen, aber einen falschen, angab. Er gab sich als Knecht des Michael Ehnis aus. Er leugnet heute noch, der betreffende Fuhrmann zu sein. Erst am andern Tages sei er mit Langholz dort durchgefahren. Ehnis hatte mit seiner Verurteilung Erfolg, denn schon die Staatsanwaltschaft hielt die ausgesprochene Strafe für etwas zu hart und möchte die Fahrlässigkeit mit einer Geldstrafe geahndet haben. Die Strafkammer gab der Verurteilung des Angeklagten statt, erkannte auf eine Geldstrafe von 20 Mark wegen fahrlässiger Körperverletzung oder 14 Tage Gefängnis im Falle der Uneinbringlichkeit.

Betrügerischer Bankrott

Tübingen, 23. März. Das Große Schöffengericht hat den von Rehingen gebürtigen ehemaligen Maschinenfabrikanten Karl Grüniger in Stuttgart wegen betrügerischen Bankrotts zu neun Monaten Gefängnis und dessen Bruder Wilhelm Grüniger in Reutlingen wegen Beihilfe dazu und wegen eines Vergehens gegen die Reichsverfahrensordnung zu zwei Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Handel und Verkehr.

Ältensteig

Nettweil, 21. März. Dem heutigen Vieh- und Pferdemarkt waren zugeführt: 100 Pferde, 107 Ochsen, 153 Kühe, 200 Ferkel, 21 Ferkel, zusammen 681 Stück. Der Handel war gedrückt. Es wurden folgende Preise festgestellt: Junge, fruchtige Arbeitspferde 700—1200 M., ältere 200—550 M., schwere Zugochsen 1400—1700 M., sog. Ansehlinge 850—1120 M., fruchtige Kühe 420—600 M., ältere sog. Bursche 180—280 M., fruchtige Kalbinnen 480—650 M., Junggrinder von 6 bis 12 Monat alt 180—320 M., 1—2jährig 300—450 M., Ferkel 750—1020 M. — Weizen wurden in der Richtung Dorb 17, in Richtung Wüdingen 11, in Richtung Tübingen 10, zusammen 38 Wagon. — Dem Schweinemarkt waren 318 Milchschweine und ein Käufer zugeführt. Auch hier war der Handel gedrückt. Verkauf wurde für das Paar Milchschweine 35—56 M. Ein großer Teil konnte nicht abgesetzt werden.

Letzte Nachrichten.

Ergebnislose Verhandlungen im Buchdruckgewerbe
Berlin, 23. März. Die heute im Reichsarbeitsministerium geführten weiteren Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches im Buchdruckgewerbe haben noch kein Ergebnis gezeitigt.

Beislagnahme von 22 Waggons Explosivstoffen in Maria Theresiopel

Genz, 23. März. Die „Tagespost“ meldet aus Maria Theresiopel: Vor zwei Tagen wurden auf der hiesigen Station 22 Waggons, die aus Italien kamen und für Rumänien bestimmt sind, angehalten. Schon einige Tage vorher haben zwölf Waggons aus Italien, die ebenfalls für Rumänien bestimmt waren, Maria Theresiopel passiert. Es wurde jetzt festgestellt, daß diese Wagen Explosivstoffe enthalten. Die Wagen wurden auf ein totes Gleis der Station gebracht und werden von Militär bewacht. Eine besondere Militärkommission führt die Untersuchung in dieser Angelegenheit.

Weltmissionarat auf dem Delberg

Jerusalem, 23. März. An der morgigen Tagung des internationalen Missionrats auf dem Delberg werden Delegierte von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Skandinavien, Holland, der Schweiz, Kanada und den Vereinigten Staaten teilnehmen, sowie Mitglieder der jungen Kirchen von Japan, China, Afrika und dem nahen Osten. Der Vorsitzende wird Dr. Nott sein, der auch Vorsitzender des Weltverbandes christlicher Studenten ist. Auf dem Delberg ist ein besonderes Lager für die Unterbringung der 250 Delegierten errichtet. Die Tagung bedeutet nicht nur einen neuen Schritt in internationaler Missionszusammenarbeit, sondern ist ein Versuch, die Stellung des Christentums in der ganzen Welt von neuem ins Auge zu fassen, mit Hilfe der neuen Kirchen, die durch das bisherige Missionswerk entstanden sind.

Vergleichsverfahren

Carl Wilhelm Storz, Kaufmann in Stuttgart, Alleinhaber der Firma Wilhelm Storz, Konserngroßhandl. in Stuttgart.

Wutmaßliches Wetter für Sonntag und Montag

Der Hochdruck im Nordosten besteht fort, ebenso auch die Depression im Westen, die indessen nur mäßigen Einfluß ausübt. Für Sonntag und Montag ist weiterhin bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Krieger'schen Buchdruckerei, Ältensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut

Ältensteig-Stadt

Grundstücksverpachtung

am Dienstag, den 27. März d. J., abds. 6 Uhr im Rathaus
23 ar 48 qm Baumgarten in der Hohenbergstraße
jetziger Pächter: Meckle, Fritz
24 ar Wiese im Hehenwäldle
jetziger Pächter: Hägele, Wilhelm
Lagerplatz unter den Eichen
jetziger Pächter: Joher und Koh.

Den 24. März 1928.

Stadtpflege:
Kraff.

Ältensteig

Empfehle sämtliche landwirtschaftliche

Sämereien

garantiert feidefrei und bester Keimfähigkeit

Rothklee württemberg.	1 Pfd.	Mk. 1.10
„ bömisch	1 „	„ 1.30
„ Siebenbürger	1 „	„ 1.40
„ badischer	1 „	„ 1.50

Guazern, ewiger Klee
Weiß- und Schwedenklee
Thymotegrassamen
Graslamen-Mischung
Englisch Raygras
Saatwicken, Futter-Erbfen
Reinsamen, Danksamen

bei Abnahme von 10 bis 25 Pfund entsprechend billiger

Chr. Burghard jr.

Ältensteig-Stadt.

In dem am Dienstag, den 27. März 1928 hier stattfindenden

Krämer- Vieh- u. Schweinemarkt

ergeht hiemit Einladung.

Den 23. März 1928

Stadtschultheißenamt: Pfizenmaier.

Ältensteig-Stadt.

Verkauf von Nadelholz Nutzprügel

nach dem schriftlichen Meistgebote

am Dienstag, den 3. April 1928 Vormittags 11.30 Uhr im Rathaus

Aus VI Priewen 16. 25. 35. 36. 40 V Markthalde 3
44 Nm. Fichte und Tanne Nutzprügel
64 Nm. Forche Nutzprügel

Die schriftlichen Angebote sind in Einheitspreisen je Nm. für jedes einzelne Los bis zum 3. April d. J. vormittags 11.30 Uhr an das Stadtschultheißenamt einzubringen. Eröffnung sofort.

Zahlfrist 15. 5. 28 Abfuhrfrist 1. 7. 28

Verkauf von Schichtnuß- und Brennholz

im mündlichen Aufgebote

am Dienstag, den 3. April 1928 Nachmittags 3 Uhr im Rathaus.

Aus IX Hagwald 1. 2. 3. 4. 6. 11. 13. 15
VII Hochdorferwald 2. 3. 5. 6. 7
V Markthalde 3. 4. 5 III Langenberg 1. 2. 3.
IV Geiseltann 3. II Hasnerwald 1

6 Nm. Buche Prügel
1 Nm. Eiche Prügel
6 Nm. Fi u. La Nutzschicht
97 Nm. Nadelholz Anbruch
57 Nm. Nadelholz Prügel

Zahlfrist 15. 5. 1928 Abfuhrfrist 1. 7. 1928

Verkauf von Nadel-Stammholz

nach dem schriftlichen Meistgebote

am Mittwoch, den 4. April 1928, Vorm. 11.30 Uhr im Rathaus

Aus IX Hagwald 1. 2. 3. 4. 11. 12. 13. 15. 6. 9. 10
V Markthalde 3. 4. 5. III Langenberg 1. 2. 3
IV Geiseltann 3. II Hasnerwald 1

1413 Festmeter Sichte Tanne und wenig Forche

Stämme und Abschnitte I—VI

Die schriftlichen Angebote sind in Hundertstücken der Forchpreise bis zum 4. April ds. Js., Vormittags 11.30 Uhr an das Stadtschultheißenamt einzubringen.

Eröffnung sofort.

Zahlfrist: Je 1/2 am 15. V. VI. VII. 1928

Abfuhrfrist: 1. VII. 1928

Den 22. 3. 28

F. ädt. Forstamt

Gemeinde Grömbach.

Langholz-Verkauf



Am Mittwoch, den 28. März 1928 nachmittags 2 Uhr kommen auf dem hiesigen Rathaus aus den Gemeindefeldungen Neuwald, Taubenwald und oberer Drehwald

110,04 Ffm. Langholz

in 6 Losen

im öffentlichen Aufsteich zum Verkauf.

Dem Verkauf werden die Landesgrundpreise für 1928 zugrunde gelegt. Liebhaber ladet ein.

Der Gemeinderat.

Vorrätig

Sonafchrot

bestes Milch- und Mastfüttermittel (40 Proz. Eiweißgehalt) zum billigsten Tagespreis.

C. Silber, Mühle, Ältensteig.

N. S. D. A. P.

Sonntag, 25. März 1928 abends 8 Uhr im „Sternensaal“

öffentl. Wahlversammlung

Redner: Landtagsabgeordneter Prof. Mergenthaler-Kornthal.

Alle Wahlberechtigten sind freundlich eingeladen.

Berneck.

Heute Samstag und Sonntag



L. Seeger zum Löwen.

wozu freundlichst einladet

Der Einkauf von Betten

im bewährten Aussteuergeschäft

Reinhold Hayer Ältensteig

sichert Ihnen reelle, fachmännische Bedienung

Hauptpreislisten der Betten, bestehend aus

Decke, Haipfel und Kissen, gut gefüllt.

Mk. 57.50, 63.—, 76.—, 85.—, 101.—

Weitere Zusammenstellungen bereitwilligst.

Fortwährende Nachbestellungen sind der beste Beweis für die Leistungsfähigkeit und Reellität meines Geschäfts.

Befangbücher

empfehlen die
W. Krieger'sche Buchbldg.
Ältensteig.



Sportverein Altensteig
Privat-Wettspiele
 1 Uhr Altensteig III
 Baiersbronn I. Jugend
 2 Uhr Altensteig II
 Baiersbronn II. Mannschaft
 3 1/2 Uhr Altensteig I
 Baiersbronn I. Mannschaft

Altensteig
Billiger Frühjahrs-Geschirr-Verkauf.
 1 Steingut Suppen- oder Gemüseteller weiß, 15 d
 12 Stück N 1 50
 1 Dessertteller desgl. 10 d
 12 Stück N 1.—
 1 Stuttgarter Tasse (Kaffeeschüssel) bunt bemalt, 12 d
 12 Stück N 1.20
 1 Satz Salatschüsseln weiß, 6teilig, rund N 1.20
 1 Satz desgleichen bunt bemalt, N 1.40
 1 Fleischplatte, oval weiß, 37 cm, für 6-7 Personen, 70 d
 1 Salatschüssel viereckig, weiß, 28 cm für 6-7 Personen 70 d
 1 Suppenschüssel mit Henkel, weiß, für 6-7 Personen N 2.30
 1 Ohrenschildel bunt bemalt für 2 Portionen 25 d
 1 Nachtopf weiß, geschweift, 70 d
 nebst einer Riesenauswahl in Glas und Porzellan zu billigsten Preisen bei

Friedrich Rühl

Kirchliche Nachrichten.
Ev. Gottesdienst
 S. Judika, 25. März, Konfirmation, mit Predigt-Gottesdienst um 1/2 10 Uhr Leidensgeschichte IV. Hebr. 13, 9, Lied 408, 116 Opfer für Altshausen und Bietenhausen.
 Nachm. 2 Uhr Christenlehre mit den Neukonfirmierten Abends 8 Uhr Gemeinschaftsstunde.
 Am Mittwoch Abend 8 Uhr Bibelstunde im Lutheraal.
 Am Freitag Abend 8 Uhr Vorbereitungsspreche in der K.

Methodistengemeinde.
 Sonntag, 25. März, vormittags 9 1/2 Uhr Predigt-gottesdienst
 vorm. 11 Uhr Sonntagsschule
 abends 7 1/2 Uhr Predigt (im Anschluß Männerchorstunde)
 Montag, den 26. März, abends 8 Uhr Frauen-Rifflionsstunde.
 Mittwoch, den 28. März abends 8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde und Männerchorübung.
 Samstag, 31. März, 8 Uhr Jungmännerbibelstunden und im kleinen Saal Männerstunde.

Die **Neuen Frühjahrs-Mäntel** sind in großer Auswahl eingetroffen
Fortwährende Neueingänge in Kleiderstoffen, Wollmulline, Seide, Waschseide, Waschstoffen, Strümpfen, Kinderkleidern, Schürzen
 bei **Gustav Wucherer, Altensteig**

Zwernenberg.
TODES-ANZEIGE

 Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser treubesorgter Vater **Christian Burghard** heute nacht 1/2 11 Uhr nach kurzem, schweren Leiden selig im Herrn entschlafen ist.
 Die trauernde Gattin **Maria Burghard mit Kindern**
 Beerdigung findet Montag mittag 1 Uhr statt.
 Zugleich teilen wir mit, daß unsere Wirtschaft von heute ab geschlossen ist.

Wörnersberg.
Todes-Anzeige.

 Es betrübt machen wir teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel **Johann Georg Frey** Kirchenpfleger und nach langem in Geduld ertragenem Leiden im Alter von 65 Jahren durch den Tod entziffen wurde.
 Im Auftrag der trauernden Hinterbliebenen
 Der Sohn Michael Frey
 Beerdigung Dienstag mittag 2 Uhr

Kleesamen beste heimfähige Ware
Grassamen
Gartensämereien (Sternmarke)
Stechzwiebeln etc.
 billigt bei **W. Hammann** Zwernenberg.
 Altensteig
 Einen neuen **Leiter-Wagen** (Tragkraft 45 Ztr.) hat zu verkaufen **Karl Wallraff**, Schmiedmeister
 Lehrverträge **B. Rieder'sche Buchbind.**

Statt jeder besonderen Einladung!
 Altensteig—Hollwangen
Hochzeits-Einladung
 Zur Feier unserer **Kirchlichen Trauung** am Montag, den 26. März, laden hiermit alle Verwandten, Freunde und Bekannte höflich ein **Gustav Har mann** | **Maria Geeger**
 Sohn des | Tochter des
 Joh. Hartmann | Karl Geeger, Schmieds
 Bäckers in Altensteig | in Hollwangen
 Abgang 1/2 2 Uhr in Altensteig

Oeffentliche Volksversammlung
 Am Sonntag, 25. März abends 8 Uhr findet im Schwannensaal eine öffentliche Versammlung statt.
 Referent Landt.-Abg. R. Schneid Stuttgart.
Thema: 4 Jahre Bürgerblock-Regierung
 Alles ist bestens eingeladen.
R. Partei.



Familie Osterhase
 Nr. 1.
 Der Winter ist vorbei.
 Mit Blumen schmückt sich Wald und Feld;
 Ihr Häslein kommt herbei.
 Von Eurem Winterschlaf wacht auf
 Ihr Häslein all, ich bitt'!
 Und kommt zu mir in schnellem Lauf,
 Die Hasenfrauen mit . . .
 So sprach Papa Osterhase, als er die Eierwerkstatt für Ostern 1928 eröffnete. Wenn man nicht überall selbst vorne dran wäre, würde das junge Hasenvolk gar nicht an das Eierlegen denken, murrte er vor sich hin, nahm den Pinsel und fing an, die vielen Eier zu bemalen, die seit heute im Schaufenster des Hauses für Bekleidung in einem großen Osternest liegen.
 Ich hätte gar nicht geglaubt, daß es so viel Leute gibt, als Kleidchen, Höschen, Schürzchen, Mäntel und Anzüge im Verkaufsraum hängen, meinte er bei seinem Einzug. Aber das kann bei seiner Stadtfremdheit auch gar nicht anders sein. Ist er doch das ganze Jahr im Freien bei Mutter Grün, wo es keine Kleiderfrage gibt.
 Der Osterhase freut sich mit den Käufern an den schönen Kleiderfarben, die seinen Eiern gleichen und jedes Kind darf ihn selbst im Nest begrüßen und sich ein Ei aussuchen aus den vielen hundert verschiedenen farbigen Eiern, die im Hasenne-st liegen.
Haus für Bekleidung und Ausstattung
Reinhold Hayer, Altensteig
 mit seinen Spezialabteilungen in Kleidern.

